



abo +

Transportunternehmer Hans-Jörg Bertschi zur Energiekrise: «Dann verabschiedet sich die Schweiz für mehrere Wochen von der Welt»

Mathias Förster

Der global tätige Transport-Unternehmer Hans-Jörg Bertschi aus Dürrenäsch blickt einer Energiemangellage mit Sorge entgegen. Was der Schweiz im schlimmsten Fall droht, wie er mit seinen Angestellten in Russland umgeht und warum ein neues EU-Rahmenabkommen eine Zwangsjacke wäre für unser Land.

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**

Inhaltsverzeichnis

Zur Credit Suisse ↓

Energiemangellage und Stromsparen ↓

Nachhaltigkeit und Energiewende ↓

Ukrainekrieg und russische Standorte ↓

Rahmenabkommen und Beziehung zur EU ↓

Zur Credit Suisse ↑

Herr Bertschi, eine Frage ist diese Woche allgegenwärtig: Waren Sie bei der Credit Suisse Kunde?

Wir arbeiten auf Gruppenebene eng mit fünf Banken zusammen.
Dazu gehören auch die Credit Suisse und die UBS.

Als global tätiges Unternehmen sind Sie auf international ausgerichtete Banken angewiesen. Nun gibt es nur noch die UBS.

Der Übernahme der CS durch die UBS schauen wir gespannt entgegen, wir erwarten keine grösseren negativen Auswirkungen.

Energiemangellage und Stromsparen

↑

Springen wir zur nächsten Krise: 2022 befürchteten wir eine Energiemangellage im Winter. [Das ist nun überstanden](#) ...

Jetzt ist es einen Winter gut gegangen dank mildem Klima und vollen Gasspeichern in Europa. Diese Voraussetzung werden wir nächstes Jahr nicht haben. Die Problematik wird uns die nächsten 10 bis 20 Jahre beschäftigen. Wenn wir für die Strommangellage keine Lösung finden, wird das den Wirtschaftsstandort Schweiz massiv beeinträchtigen.

Also war der Kauf eines Notstromaggregates für Ihren Standort in Birrfeld nicht umsonst.

Nein, absolut nicht. Wenn zyklische Abstellungen erfolgen würden, wäre das für den Standort Schweiz etwas vom Schlimmsten. Europäische Partner, die eine ähnliche Stromknappheit kennen, werden sich noch nachsichtig zeigen. Wo das Verständnis völlig fehlen wird, ist ausserhalb von Europa – kein Amerikaner oder kein Asiate wird Verständnis dafür aufbringen, wenn wir eine Woche nicht erreichbar sind oder unsere Logistiksteuerungen, die zentral aus der Schweiz gemacht werden, nicht funktionieren. Die Bertschi-Gruppe macht mittlerweile 50 Prozent ihres Geschäfts ausserhalb von Europa. Da sind wir kein Einzelfall.



Will zyklische Abschaltungen um jeden Preis verhindern: Hans-Jörg Bertschi.

Bild: Mathias Förster

Was würde bei einem Stromausfall passieren?

In der geplanten Phase der zyklischen Abschaltungen von drei bis vier Stunden pro Tag gibt es für eine längere Periode kein Handynetz, keine Datenkommunikation, keinen Eisenbahnverkehr. Diese Netze brauchen nach einem Unterbruch mehrere Tage, bis sie wieder funktionieren. Da verabschiedet sich die Schweiz wohl mehrere Wochen von der Welt. Das ist bei einem globalen Geschäft unvorstellbar. Aus Kundensicht wären wir wohl gezwungen, gewisse globale Funktionen nach Singapur oder Dubai zu verlegen, sollte das Szenario ernsthaft drohen.

Tatsächlich?

Ja. Deshalb muss die Politik absolut verhindern, dass zyklische Abschaltungen kommen. Da habe ich lieber Kontingentierungen von energieintensiven Unternehmen, zu denen wir gehören, von 30, 40, oder 50 Prozent anstelle der in den Plänen des Bundesrates vorgesehenen 20 Prozent. Weil dann die kritische Infrastruktur weiterlaufen könnte. Der Bundesrat bzw. die Ostral (*Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen, Anm. der Red.*) muss ihre Planung überarbeiten. Sonst riskieren globale Aktivitäten aus der Schweiz und Europa ausgelagert zu werden.

Zur Person



Hans-Jörg Bertschi, Verwaltungsratspräsident

Hans-Jörg Bertschi stieg nach seinem Studium der Volks- und Betriebswirtschaft 1987 in die von seinem Vater Hans 1956 mitbegründete Transportfirma Bertschi AG ein. 1994 übernahm Hans-Jörg Bertschi die Leitung der Bertschi-Gruppe. Seit 2018 ist er Verwaltungsratspräsident des Familienunternehmens.

Was unternehmen Sie, um sich für den Ernstfall vorzubereiten?

Autark werden wir nicht sein, auch mit Notstromaggregaten nicht. Wir haben Ende letzten Jahres eine Photovoltaikanlage in Birr eingeweiht und Starlink-Anschlüsse (*Das Satellitensystem von Elon Musk, Anm. der Red.*) auf den Dächern unserer Hauptstandorte eingerichtet, wie das die Ukraine macht. Starlink kommuniziert aber auch über Bodenstationen in Europa, hat eine sehr eingeschränkte Bandbreite und ist damit nur ein Notbehelf.

Der Bundesrat rief sämtliche Unternehmen dazu auf, Energie zu sparen. Wie sieht es bei Ihnen aus?

Seit über zehn Jahren arbeiten wir daran. Zunächst haben wir uns bei der Energieagentur der Wirtschaft gemeldet und unsere energieintensiven Anlagen wie diejenige in Birr analysieren lassen. Es ergab sich ein Sparpotenzial von gegen 40 Prozent. Das hat bei uns grosse Investitionen ausgelöst. Die Vorschläge, die sich innert 50 Jahren rechneten, haben wir umgesetzt. Jetzt haben wir das erneut analysiert, weil es nach zehn Jahren neue Technologien und bessere Steuerungen gibt. In Birr konnten wir durch rein technische Massnahmen erneut 15 Prozent einsparen und erwarten, in diesem Jahr mit der PV-Anlage zusätzlich für 25 Prozent unseres Verbrauchs selbst aufzukommen. Der Stromverbrauch sollte dadurch noch einmal gegen 40 Prozent sinken.



Bertschi hat im Birrfeld drei neue Photovoltaikanlagen errichtet.

Bild: zvg

Nachhaltigkeit und Energiewende

↑

**Das sind alles kurzfristige Lösungen, um Mangellagen abzdämpfen.
Wie kann man langfristig die Energieversorgung sichern?**

Das Hauptziel ist, von kohlenstoffbasierten Energieformen wegzukommen. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Ob Sonne, Wasser und Wind allein genügen, da scheiden sich die Gemüter.

Kürzlich haben Sie eine ETH-Studie [↗](#) kritisiert, die das behauptete. Sie glauben also nicht daran?

Wenn die ganze Mobilität elektrisch und alle Heizungssysteme mit

Wärmepumpen mit Strom betrieben werden sollen und wir die Flatterhaftigkeit der Wind- und Sonnenergie, gerade im Winter, betrachten, glaube ich nicht, dass der Strom ausreichen wird. Insbesondere nicht, wenn der Zeitpunkt kommt, zu dem wir bestehende AKWs abschalten müssen.



Hans-Jörg Bertschi
@hjbertschi · Folgen



Macht **#ETH** auch **#Wohlfühlstudien**?

Keine Rede ob:

1. steigende Winter-**#Stromimporte**
 - **#möglich** sind? (unwahrscheinlich, europaweiter Mangel)
 - **#erneuerbar** sind? (aktuell aus D 40% Kohle/Gas, F 100% Atom)
2. **#Stromspeicher** Sommer -> Winter umsetzbar?

Ehrliche Politik-Grundlage?



Jürg Grossen @Juerg_Grossen

Studie der @ETH bestätigt: Eine sichere Schweizer Stromversorgung aus komplett erneuerbaren Quellen ist machbar und günstiger als "Weiter wie bisher". Die roadmap-grossen.ch ist am günstigsten, wenn Importe knapp würden (Sit. 2).
tagesanzeiger.ch/stromversorgungun... @swissolar @helion_ch

Stromversorgung aus erneuerbarer Energie funktioniert auch im Winter

Drei neue Szenarien Während die SVP mit neuen AKW liebäugelt, zeigt eine neue ETH-Studie: Der Ausbau der Erneuerbaren ermöglicht eine sichere Stromversorgung für die Schweiz – günstiger als im Szenario des Bundes.



Die Schweiz will die Solarenergie massiv ausbauen. Ein Solateur bei der Installation von Sonnenkollektoren. Foto: Gernot Bally (Beynort)

Alexandra Aregger

Die erneuerbaren Energien müssen rasch und stark ausgebaut werden. Darüber herrscht in der Schweizer Politik Konsens. Wenn das Parlament nächste Woche mit dem Mauerlaten über das wichtigste Geschäft berät, ist dennoch eine hitzige Debatte vorprogrammiert. Denn während die SVP neue Kernkraftwerke «vereinfachen» will, kommt von linker Seite der Ruf nach einer verschärften Solardichte.

Eine neue Studie der ETH Zürich, die der Sonntagszeitung exklusiv vorliegt, bringt nun Bilanz in den Solarraushaus. Sie zeigt nämlich erstmals: Die sichere Stromversorgung aus

Kraft treten. Mit diesem Modell würde das Netto-null-Ziel bis 2050 nicht erreicht.

Die untersuchten Szenarien gehen alle von einem starken Ausbau der Solarenergie aus. Bis 2050 soll die Hälfte der Stromproduktion aus der Fotovoltaik stammen. Heute beträgt der Anteil acht Prozent. Die Modelle unterscheiden sich jedoch in einigen Punkten.

Helion geht davon aus, dass für den massiven Ausbau der Anlagen die bestehenden Infrastrukturen respektive Dächer ausreichen. Zentral ist zudem, dass stationäre Speicher, also Heim- und Elektroautobatterien, eingebunden werden. Swissolar setzt in seinem Szenario auf eine «massvolle Nut-

Schweiz wegen des verstärkten PV-Ausbaus im Ausland weniger Strom im Sommer exportieren könnte, wären die drei Modelle demnach günstiger als jenes des Bundes.

Die Kostenunterschiede fürs gesamte Energiesystem, wie etwa fossile Brennstoffe oder Netz- und Infrastrukturkosten, haben die Forschenden nicht verglichen. Die Studienautoren schreiben aber, dass durch die Elektrifizierung hohe Ausgaben für den Import von Heizöl und Benzin wegfallen.

Gemäss Berechnungen der Solarvertreter, die sich auf Daten aus der Studie, der Stromversorger und des Bundesamts für Energie stützen, sollen diese Kosteneinsparungen massiv sein: bis 2050 bis zu 52 Milliarden Franken, die sonst für den Import von fossilem Brennstoff und Treibstoffen verwendet würden. Zählt man die geschätzten Investitionen in Wärme- und Verkehrssektor sowie in den Ausbau des Verteilernetzes dazu, sollen die drei Modelle immer noch günstiger sein als das WWB-Szenario. Zu einem ähnlichen Ergebnis

dem starken Ausbau der Erneuerbaren würden die Importen bis 2050 in zwei der Szenarien bei rund 5 Terawattstunden liegen, was ungefähr dem heutigen Import und damit 10 Prozent des Verbrauchs im Winter entspricht.

Im Grossen-Szenario ist der Nettoimport etwas höher, es könnte gemäss Studie jedoch «eine höhere Versorgungssicherheit aufweisen, da es in Extremumlagen zusätzlichen Strom liefern kann». Im WWB-Modell hingegen würde die Schweiz gemäss Studie bis 2050 rund das Dreifache importieren. Für Helion-Chef Noah Heren steht fest: «Die oft gehörte Binsenwahrheit, dass ein Stromsystem basierend auf viel Foto-

Erneuerbare Energien führen zu weniger Winter-Import ...



4:43 nachm. · 12. März 2023



38



Antworten



Teilen

6 Antworten lesen

In der ETH-Studie steht, dass der geplante Ausbau von Wasser, Sonne und Wind genügen wird, sofern wir mehr Strom importieren können.

Aber wie viel Stromimport und von woher? Und aus welcher Energiequelle? Bis 2030 werden wir wohl doppelt so viel wie heute importieren müssen. Aus Frankreich ist es heute hauptsächlich Atomstrom, aus Deutschland stammen aktuell 40 bis 50 Prozent Strom aus Kohle und Gas. Sind Kohle und Gas nachhaltig? Das zeigt, dass diese Studie eine Mogelpackung ist. Die Schweiz täte gut daran, das Technologieverbot für moderne AKWs aufzuheben.



In einer Podiumsdiskussion im Stapferhaus zum Thema «Wie ist die Energiewende noch zu schaffen?» sprach Hans-Jörg Bertschi im vergangenen Juni unter anderem mit Regierungsrat Stephan Attiger.

Bild: Claudio Thoma

Ukrainekrieg und russische Standorte

↑

Sie haben vier Standorte in Russland. Wie sieht Ihr Geschäft dort aktuell aus?

Wir haben nur noch wenige Angestellte. Wir haben uns jedoch bemüht, da wir schon seit 20 Jahren dort sind, sie zu unterstützen. Wir beliefern nach wie vor Westkunden mit Schienentransporten von Rohstoffen für Pharmazie und Nahrungsmittel – wobei wir nicht jene sind, die entscheiden, ob die Lieferungen stattfinden, das entscheiden unsere Grosskunden. Allein wegen der sanktionierten Produkte ist mehr als die Hälfte unseres Verkehrs weggefallen, und als Folge des

wirtschaftlichen Rückgangs liegen die Transporte im Bereich tiefer zweistelliger Prozentzahlen im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Wie viele Mitarbeiter haben Sie noch?

Wir haben keine aktive Entlassungsrunde gemacht. Es ist jedoch zu Abgängen gekommen in den vier Niederlassungen, da weniger Arbeit vorhanden war, gerade für Fahrer. Vor dem Krieg hatten wir 120 Mitarbeitende, jetzt weniger als die Hälfte.

Mussten auch welche einrücken?

Das ist mir nicht bekannt, die meisten sind typischerweise älter als jene, die aufgeboden wurden. Auffällig war, dass in Polen und Litauen die Hälfte unserer dortigen ukrainischen Fahrer freiwillig zurückgekehrt und eingerückt sind. Wir zahlen ihnen den Lohn weiterhin, weil wir das unterstützen wollen. Ich finde das beeindruckend.

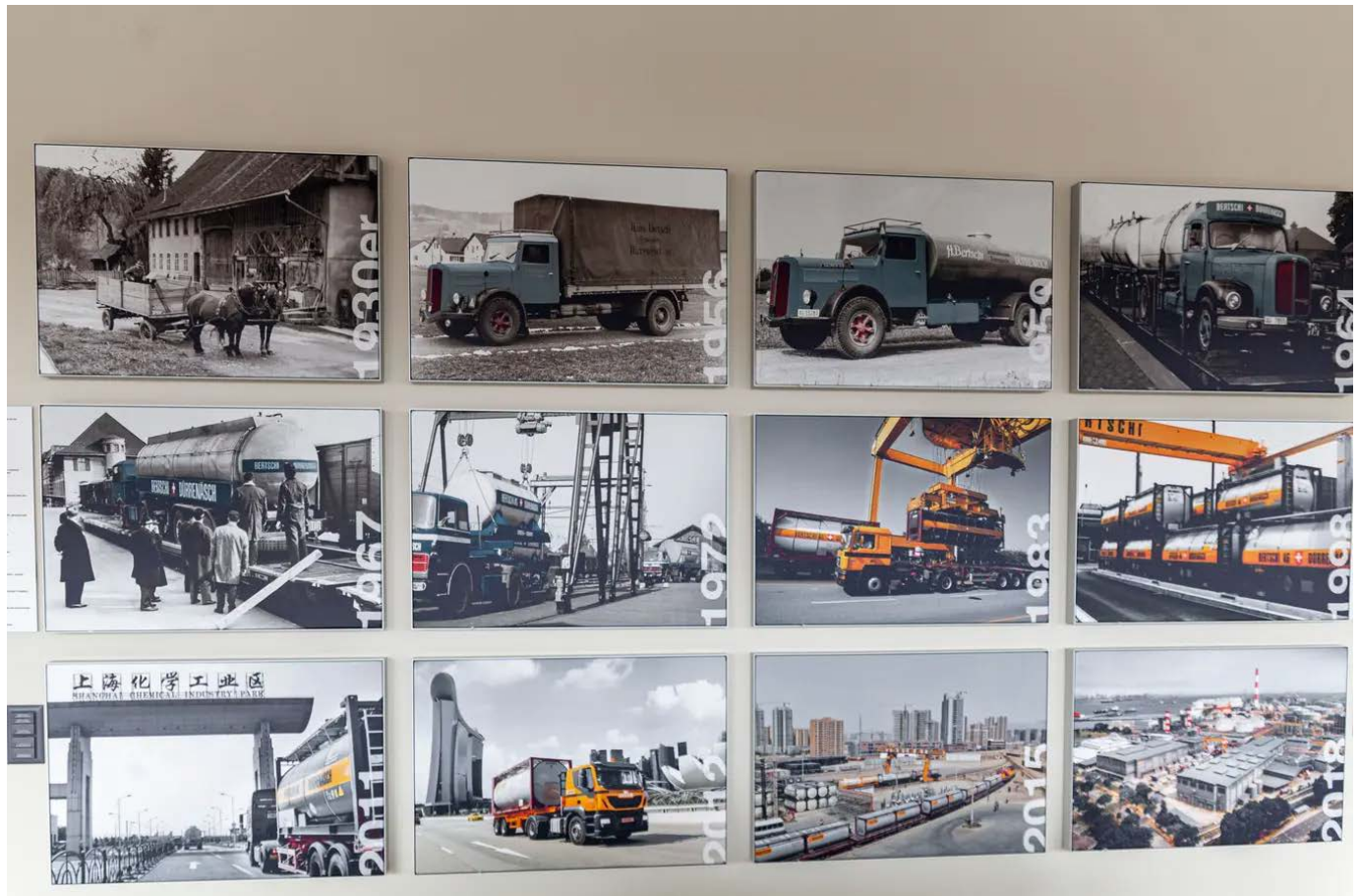
Sie haben auch eine persönliche Beziehung zu Russland.

Ja, durch den Aufbau der Firmen vor Ort durfte ich Land und Leute in den letzten 20 Jahren kennen lernen. Auch mit der Familie habe ich Russland in den Ferien bereist, aber seit 2014 – der Eroberung der Krim durch Russland – nicht mehr besucht. Seit dem russischen Überfall gilt unsere Unterstützung der Ukraine. Unsere ukrainischen Mitarbeitenden haben auch ein Hilfswerk gestartet, das wir regelmässig unterstützen.

Wie vereinbaren Sie Ihre persönliche Beziehung zum Land mit Ihrer

scharfen und frühen Ablehnung Putins und des Krieges?

Ich glaube, das muss man voneinander trennen. Wenn es eine Veränderung Russlands gibt, dann entsteht sie unter anderem dank jenen Leuten vor Ort, die noch Kontakt mit der Aussenwelt haben. Eine gegenseitige Abkapselung hilft immer dem Diktator. Aber wir müssen auch klar Position beziehen.



Die Geschichte des Familienunternehmens reicht bis in die 30er-Jahre zurück.

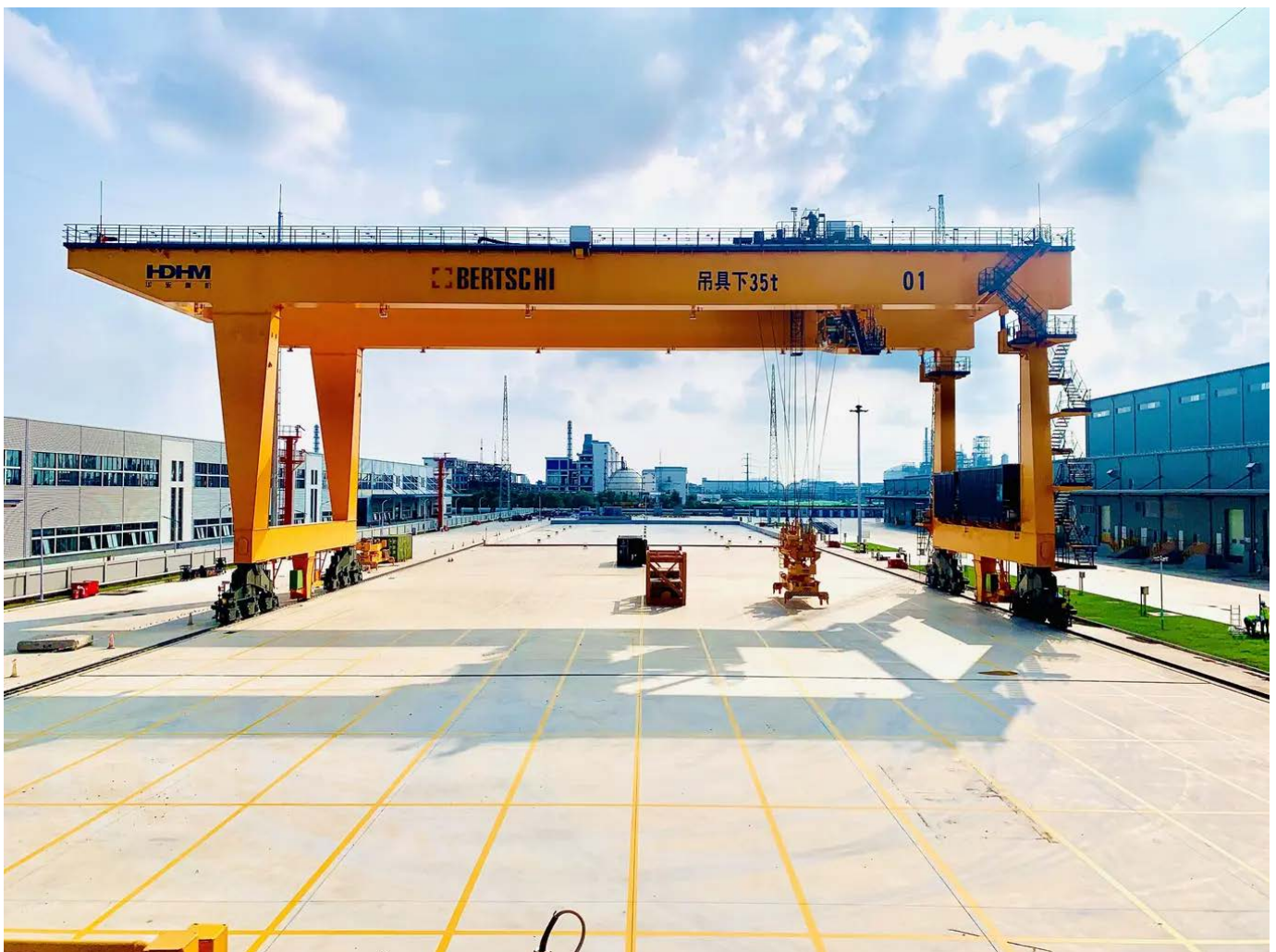
Bild: Mathias Förster

Das führt für die Bertschi AG nicht zu Problemen mit den russischen Behörden?

Das kann vorkommen, klar. Das muss man in Kauf nehmen.

Wären Sie für Waffen-Reexporte der Schweiz an die Ukraine?

Das ist eine schwierige Frage. Aus meiner Sicht wäre es neutralitätspolitisch absolut vertretbar, unsere nicht mehr gebrauchten Leopard-Panzer an ein Land wie Deutschland zurückzuliefern. Deutschland hat ja unabhängig von uns bereits entschieden, eigene Panzer an die Ukraine zu liefern. Unsere Lieferung diene zur Aufstockung des Bestandes in Deutschland, sie käme nicht in der Ukraine im Einsatz.



Ein Terminal der Bertschi-Gruppe. Das Unternehmen ist auf der ganzen Welt aktiv.

Bild: zvg

Rahmenabkommen und Beziehung zur EU

↑

Sie waren profilierter Gegner des Rahmenabkommens. Glauben Sie wirklich daran, dass sich die Schweiz gegen Europa behaupten kann?

Unser Ziel muss es sein, mit der EU einvernehmliche Lösungen zu finden. Wir dürfen aber dabei nicht unsere Werte verleugnen. Ich bin überzeugt, dass wir mit der EU einen Weg finden werden. Wir wollen wieder gute Beziehungen herstellen und gleichzeitig unsere Souveränität und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolgsmodell Schweiz erhalten können. Das wird Zeit brauchen.

Haben wir noch Zeit? Nach langjährigen erfolglosen Verhandlungen ...

Der Zeitdruck, den einzelne Verbände machen, indem sie einen schnellen Abschluss um jeden Preis fordern und die institutionellen Vorgaben der EU einfach akzeptieren wollen, ist kontraproduktiv. Sehr viele Konzerne denken heute leider relativ kurzfristig. Im Gegensatz dazu denken Familienunternehmen langfristig, in Generationen. Autonomiesuisse (*ein von Bertschi und Hans-Peter Zehnder gegründeter Verein zur Bekämpfung des Rahmenabkommens, Anm. der Red.*) ist überzeugt, dass die Schweiz heute gegenüber der EU erhebliche Standortvorteile hat. Diese Vorteile würden wir auf Dauer verlieren, wenn wir immer mehr bürokratische Regelungen der EU übernehmen müssten, der Aufsicht der EU-Kommission unterstellt würden und bei Meinungsverschiedenheiten der Europäische Gerichtshof schlichten würde. Hier gilt es nachzubessern.



Hans-Jörg Bertschi
@hjbertschi · Folgen



Ratschläge von einzelnen #EU_Parlamentariern an den @Bundesrat_CH werden besonders geschätzt.

Mit den institutionellen Regeln des Rahmenabkommens würde Brüssel zur Aufsichts-Behörde des Bundesrats – und aus Ratschlägen würden wohl bald Weisungen?



Andreas Schwab  @Andreas_Schwab

Heute in der @NZZ mit @nicolaforster : Während der Bundesrat die Rettung der @CreditSuisse ohne Referendum übers Wochenende durchzieht, dauert's bei der EU ... zu lange @EP_SingleMarket @EUinSwitzerland @EPinDeutschland

ndierunggesprä-
er EU zeigte sich
Livia Leu wenig
icht reif für neue
die Hinhaltetaktik
enen Themen sind
insames Problem-
t am Willen, eine
nalen Wahlen für
wichtiger sind als
achbarstaaten.
t seitens der EU
inn nicht wissen,
tem der direkten
a wird. Deswegen
verfällige Positio-
such, durch Son-
EU zu erreichen,
gleichzeitig aber
werden, ist illusor-
nur im Rahmen
erden.
ehende Zeitfens-
en Wahlen in der
ger. Bis zum Som-
andat stehen, um
en Weges durch
er jetzigen Kom-
der Schweiz set-
n – und halten an

Sondierung mit EU: Wo kein Wille, da kein Weg

Die Schweiz will an den Bilateralen festhalten, Brüssel zeigt Kompromissbereitschaft bei der Personenfreizügigkeit und beim Lohnschutz. Der Bundesrat sollte nun handeln.
Von Andreas Schwab und Nicola Foster

ückkehr der Ge-
isst und die EU in
-Abkommen mit
ffabkommen mit
chweizer Innen-

Mit dem Windsor-Abkommen hat die EU Kom-
promissbereitschaft unter Beweis gestellt. Mit der
«Stormont brake» wurde eine kreative Lösung für
das Dilemma der automatischen Rechtsübernahme
in Nordirland geschaffen. Die dortige Versamm-
lung kann durch diese «Nothremes» die Über-

Und so wird auch in der Schweiz wieder über ein
Freihandels- statt über ein Rahmenabkommen dis-
kutiert. Bei aller Euphorie um das Windsor-Abkom-
men sollte man aber realistisch bleiben. Ein Frei-
handelsabkommen zwischen der Schweiz und der
EU als Alternative zum Rahmenabkommen würde

Scheitern
lisieren v
nicht den
britannier
teilnehme
abkomme
nicht aber
die oft te
weite ode
Die zu
nen nur d
geschafft
schen Lag
deutung.
teilnehme
sierter EU
kommt e
beim Mar
Die ge
lands An
gen eine
mit ihren
des bilate
akzeptier
Jahren K
freizügigk
tere konk
von form
Rhodus, b
Bundesra
Sprung w
künsten z
letzte Chi
zu führen

8:46 vorm. · 23. März 2023



20



Antworten

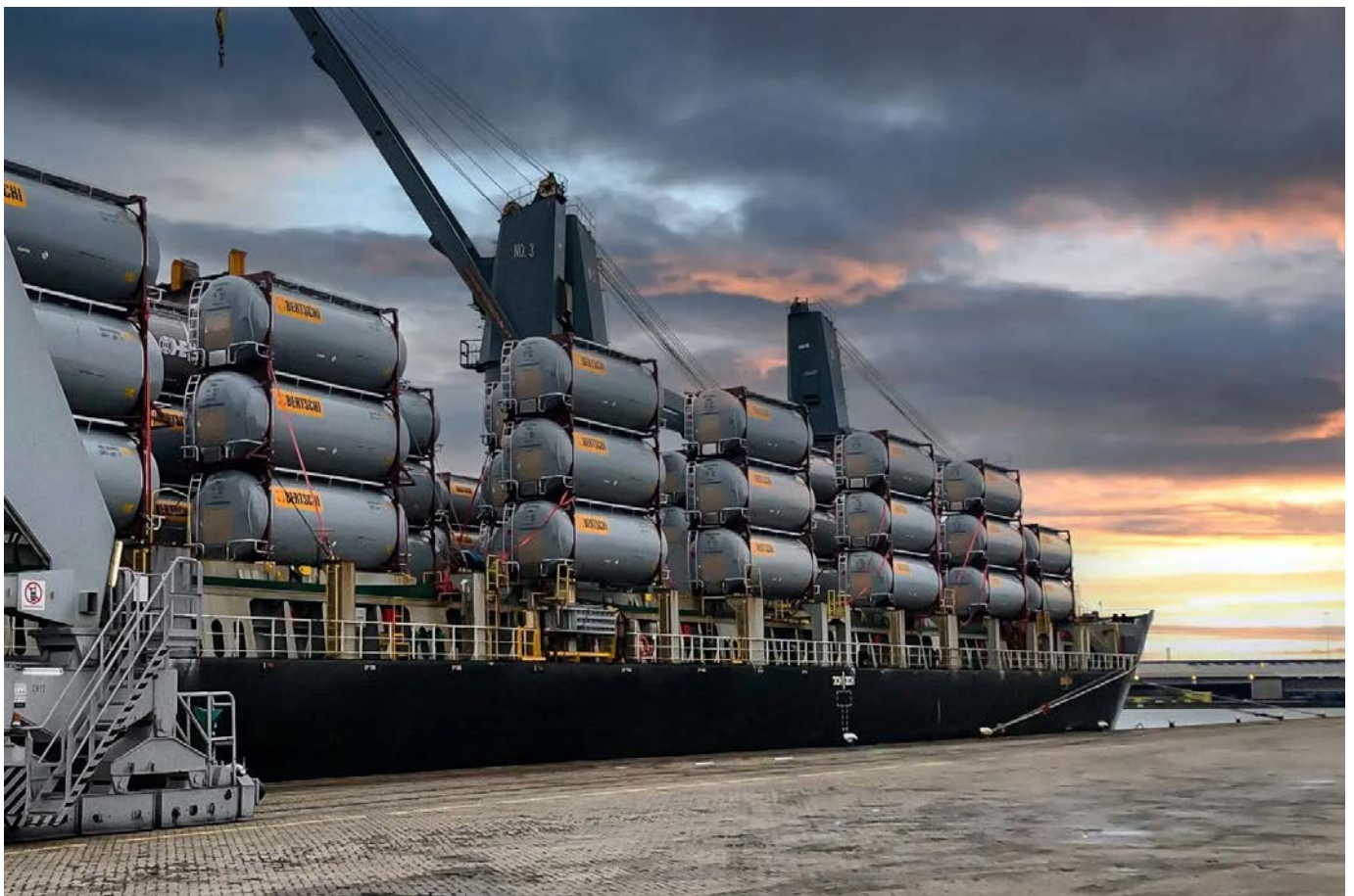


Teilen

7 Antworten lesen

**Uns wird vorgeworfen, dass wir das Weggli und den Fünfer wollen:
Zugang zum europäischen freien Markt zu unseren Bedingungen.**

Nein, das wollen wir nicht. Wir unterstützen eine dynamische Übernahme von EU-Recht in gewissen Bereichen, gerade den technischen Aspekten. Allerdings muss es möglich sein, dass wir bei Volksentscheiden in Teilbereichen EU-Vorschriften ablehnen können, zum Beispiel im Bereich der Unionsbürgerschaft. Und dies, ohne dass uns eine Kaskade von Vertragskündigungen droht. In diesem Fall sollen materielle Ausgleichsmassnahmen der EU greifen können, wie es auch im Vertragsrecht der Welthandelsorganisation vorgesehen ist. Es darf nicht zu einem Rahmenabkommen 2.0 kommen, das die Schweiz in eine Zwangsjacke steckt.



Verlagerung von Schiene auf Schiff: Mittlerweile geschäftet
Bertschi fast so viel ausserhalb Europas wie mit der EU.

Bild: zvg

**Leidet Ihr Geschäft aktuell nicht aufgrund des Wirtschaftsstreits
zwischen der EU und der Schweiz?**

Schauen Sie: Das wird hochstilisiert von Politikern und Verbänden, und in der Folge auch von den Medien. Vor zwei Jahren schrieb die NZZ, die Med-Tech-Branche werde das Bauernopfer des fehlenden Rahmenabkommens sein. Fragen Sie heute Vertreter der Branche: es geht ihnen besser als vorher. Die meisten haben internationale Zertifizierungen, viele inklusive der amerikanischen FDA (*Food and Drug administration, Anm. der Red.*). Politisch verlangt die Branche jetzt zusätzlich zur EU- die Anerkennung der US-Zertifizierung in der Schweiz, da die neuen EU-Regeln zu bürokratisch sind und die Versorgungssicherheit leiden könnte. Das Parlament hat die entsprechenden Motionen überwiesen. Schweizer Med-Tech-Firmen haben eher einen Marktvorteil gegenüber EU-Firmen. Das Narrativ der Nachteile kommt von grossen Konzernen und ihren PR-Zentralen. Ich verstehe diese auch: Sie wollen grösstmögliche geografische Märkte mit gleichen Regulierungen. Schweizer Familienunternehmen haben den Blick auf den Standort Schweiz.

Also hat das keinen Einfluss auf die Schweizer Wirtschaft?

Es gibt schon einzelne Firmen, die ein halbes Prozent Umsatz als einmalige Mehrkosten für Zertifizierungen einsetzen mussten. Ich könnte Ihnen auch drei, vier Nachteile aufzählen und diese hochstilisieren. Aber schauen Sie die Handelsvolumen an: Seit wir die Bilateralen haben, hat der Export nach Deutschland um 60 Prozent zugenommen, in die USA um 150 Prozent. Mit den USA haben wir nicht einmal ein Freihandelsabkommen, und unterdessen haben sie Deutschland als wichtigsten Exportmarkt der Schweiz überholt. Wohlverstanden: die Freihandelsabkommen mit der EU sind schon wichtig. Aber noch sehr viel wichtiger ist unsere Innovationskraft.

Sie sind als Unternehmer unüblich stark politisch aktiv. Müssen das Unternehmer zunehmend sein?

Gut, wäre das sicher. Bei uns liegt es auch daran, dass wir ein Logistikunternehmen mit starker Konzentration auf den Schienentransport sind. Entsprechend arbeiten wir zu einem wesentlichen Teil auf öffentlichen Infrastrukturen. Bei mir hat das schon mit der Dissertation begonnen: Ich schrieb über die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat), weil der Bundesrat nach der schweren Rezession Ende der 70er-Jahre entschieden hatte, dieses Projekt für die nächsten 20 Jahre nicht mehr zu verfolgen. Ich wollte aufzeigen, dass das ein Fehler wäre – der Eisenbahntransport war damals zwar um 30 Prozent eingebrochen, allerdings hielt ich es für einen kurzfristigen Konjunkturerinbruch, der die Vorteile der Bahn nicht überschatten sollte. Ich durfte dann Seminare mit Uvek-Mitarbeitenden machen, und einen Impuls zugeben, der dazu beigetragen hat, dass das Projekt des Gotthardbasistunnels politisch wieder aufgenommen wurde. Es war ein besonderes Gefühl, 35 Jahre später zur Eröffnungsfahrt der Neat eingeladen zu sein. Ich glaube, das zeigt, dass man einen Einfluss haben kann, und das motiviert mich zu politischem Engagement.